

Stadtamt Pinkafeld

EINLADUNG

zu der am Freitag, dem **4. Mai 2018, um 18.15 Uhr** im Rathaussaal der Stadtgemeinde Pinkafeld stattfindenden 4. Sitzung des Gemeinderates

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinderatssitzung im Anschluss an die Beiratssitzung stattfindet und möglicherweise Verzögerungen eintreten.

TAGESORDNUNG

1. Personalangelegenheiten
 - a. Vertragsbediensteter im Allwetterbad, Verlängerung des Dienstverhältnisses
 - b. Kleinkindpädagogin, Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes
2. Abschreibung von Einnahmerückständen
3. Neue Mittelschule Pinkafeld, umfassende Sanierung:
 - a. Beton- und Stahlbetonarbeiten bei der Stiege Haupteingang, Vergabe
 - b. Tausch der defekten Alarmanlage, Vergabe
4. Engleiten, Herstellung der Grundbuchsordnung, Verordnung über die Widmung zum öffentlichen Gut
5. Wirtschaftspark West, Herstellung der Grundbuchsordnung, Verordnung über die Entwidmung von öffentlichem Gut
6. Offene Jugendarbeit im Burgenland, Beratungsangebot
7. Mobilitätsinitiative für Pinkafelds Jugend
 1. Richtlinien für das Jugendtaxi in Pinkafeld
 2. Teilnahme am Projekt "Jugendtaxi Burgenland" ab 01. Jänner 2019 und Kooperationsvereinbarung mit dem "Verein Mobiles Burgenland"
 3. Ausstieg aus dem Projekt "Discobus" mit 31. Dezember 2018 - Kündigung des Beförderungsauftrages "Discobus Burgenland" mit der Südburg
8. Mobilitätsvertrag Bahnstrecke Friedberg - Oberwart
9. Datenschutz-Grundverordnung, Bestellung eines Datenschutzbeauftragten
10. Darlehens-Check, Vereinbarung mit der Raiffeisenbezirksbank Oberwart
11. Darlehens-Check, Gemeinde Pinkafeld Infrastruktur KG, Vereinbarung mit der Raiffeisenbezirksbank Oberwart
12. Feuerwehrhaus, Am Platzl 1, restliche Wohneinheiten, Kündigung des Wohnbauförderungsdarlehens
13. Arbeiterhaus, Industriestraße 8, Kündigung des Wohnbauförderungsdarlehens
14. Liegenschaftsverkauf „Arbeiterhaus“ in der Industriestraße 8, Vergabe
15. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der Neos gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Unterstützung der Pinkafelder Vereine bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)“
16. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Regionales Abfallzentrum Pinkafeld“
17. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Kindergarten(konzept oder -planung) ab 2019/2020“
18. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Jugendtaxi und 60+ Taxi“

19. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der FPÖ gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung
 „Antrag auf verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Marktfeldstraße“
 20. Allfälliges

Pinkafeld, am 26. April 2018

Der Bürgermeister:

Mag. Kurt Maczek

Zustellnachweis

betreffend die Einberufung zur Sitzung des Gemeinderates am Freitag, dem 4. Mai 2018, um 18.15 Uhr im Stadtamt Pinkafeld.

Name	Unterschrift	Datum
Allerbauer Klaudia	Digitale Zustellung	26.04.2018
Buchegger Stefanie	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag.a (FH) De Lellis-Mejatsch Patrizia	Digitale Zustellung	26.04.2018
Franz Horst	Digitale Zustellung	26.04.2018
KommRin Gottweis , MSc Andrea	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag.a Grosinger Cornelia	Digitale Zustellung	26.04.2018
Hofer Verena	Digitale Zustellung	26.04.2018
Horvatits Andrea	Digitale Zustellung	26.04.2018
Kayer Mirjam Lena	Digitale Zustellung	26.04.2018
Kirnbauer Ingrid	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag. Kubat Adrian	Digitale Zustellung	26.04.2018
Lenz Michael	Digitale Zustellung	26.04.2018
Luif Erich	Digitale Zustellung	26.04.2018
HR Ing. Luisser , MAS Friedrich	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag.a Muratovic Lejla	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag.a Novosel Brigitte	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag. Posch Eduard	Digitale Zustellung	26.04.2018
Rechberger Franz	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mag.a Rois Silke	Digitale Zustellung	26.04.2018
Schuh Ewald	Digitale Zustellung	26.04.2018
Schuh Wolfgang	Digitale Zustellung	26.04.2018
Stumpf , MA MSc Andreas	Digitale Zustellung	26.04.2018
Supper Thomas	Digitale Zustellung	26.04.2018
Ing. Unger Franz	Digitale Zustellung	26.04.2018
Friedrich Michael	Digitale Zustellung	26.04.2018
Hoffmann Sigrid	Digitale Zustellung	26.04.2018
Jauschowitz DI Peter	Digitale Zustellung	26.04.2018
Mantsch , MSc Thomas	Digitale Zustellung	26.04.2018
Pfeiffer Jürgen	Digitale Zustellung	26.04.2018

N I E D E R S C H R I F T

Aufgenommen anlässlich der am Freitag, dem 4. Mai 2018, um 18.15 Uhr am Gemeindeamt Pinkafeld stattgefundenen 4. Sitzung des Gemeinderates.

Anwesend: Bürgermeister Mag. Kurt Maczek, 1. Vizebürgermeister Franz Rechberger, Stadtratsmitglieder Mag.a Brigitte Novosel, KommRin Andrea Gottweis, MSc, Ewald Schuh, Gemeinderatsmitglieder Klaudia Allerbauer, Stefanie Buchegger, Mag.a (FH) Patrizia De Lellis-Mejatsch, Mag.a Cornelia Grosinger, Verena Hofer, Sigrid Hoffmann, Andrea Horvatits, Ingrid Kirnbauer, Mag. Adrian Kubat, Michael Lenz, Erich Luif, Jürgen Pfeiffer, Wolfgang Schuh, Andreas Stumpf, MA MSc, Thomas Supper, Mantsch Thomas, MSc, Friedrich Michael und Ing. Franz Unger, sowie Christiane Kovacs als Schriftführerin

Entschuldigt: 2. Vizebürgermeister HR Ing. Friedrich Luisser, MAS, StR Horst Franz, Gemeinderäte Mag. Eduard Posch, Mirjam Kayer, Mag.a Lejla Muratovic, Mag.a Silke Rois

Bgm. Mag. Kurt Maczek begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung fest und eröffnet dieselbe.

Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. April 2018 wurde kein Einwand erhoben. Bgm. Mag. Maczek erklärt daher die Niederschrift für genehmigt.

Zur Beglaubigung dieser Niederschrift wurden StRin KommRin Andrea Gottweis, MSc und GR Michael Lenz bestimmt.

Gemäß § 38 Abs. 2 der Bgld. Gemeindeordnung 2003 beschließt der Gemeinderat einstimmig, folgenden Tagesordnungspunkt nachträglich auf die Tagesordnung zu nehmen:

20. Kabelplus, Ausbau Internet Wirtschaftspark West, Vereinbarung über Kostenbeteiligung

TAGESORDNUNG

1. Personalangelegenheiten
 - a. Vertragsbediensteter im Allwetterbad, Verlängerung des Dienstverhältnisses
 - b. Kleinkindpädagogin, Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes
2. Abschreibung von Einnahmerückständen
3. Neue Mittelschule Pinkafeld, umfassende Sanierung:
 - a. Beton- und Stahlbetonarbeiten bei der Stiege Haupteingang, Vergabe
 - b. Tausch der defekten Alarmanlage, Vergabe
4. Engleiten, Herstellung der Grundbuchsordnung, Verordnung über die Widmung zum öffentlichen Gut
5. Wirtschaftspark West, Herstellung der Grundbuchsordnung, Verordnung über die Entwidmung von öffentlichem Gut
6. Offene Jugendarbeit im Burgenland, Beratungsangebot
7. Mobilitätsinitiative für Pinkafelds Jugend
 1. Richtlinien für das Jugendtaxi in Pinkafeld

2. Teilnahme am Projekt "Jugendtaxi Burgenland" ab 01. Jänner 2019 und Kooperationsvereinbarung mit dem "Verein Mobiles Burgenland"
3. Ausstieg aus dem Projekt "Discobus" mit 31. Dezember 2018 - Kündigung des Beförderungsauftrages "Discobus Burgenland" mit der Südburg
8. Mobilitätsvertrag Bahnstrecke Friedberg - Oberwart
9. Datenschutz-Grundverordnung, Bestellung eines Datenschutzbeauftragten
10. Darlehens-Check, Vereinbarung mit der Raiffeisenbezirksbank Oberwart
11. Darlehens-Check, Gemeinde Pinkafeld Infrastruktur KG, Vereinbarung mit der Raiffeisenbezirksbank Oberwart
12. Feuerwehrhaus, Am Platzl 1, restliche Wohneinheiten, Kündigung des Wohnbauförderungsdarlehens
13. Arbeiterhaus, Industriestraße 8, Kündigung des Wohnbauförderungsdarlehens
14. Liegenschaftsverkauf „Arbeiterhaus“ in der Industriestraße 8, Vergabe
15. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der Neos gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Unterstützung der Pinkafelder Vereine bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)“
16. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Regionales Abfallzentrum Pinkafeld“
17. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Kindergarten(konzept oder -planung) ab 2019/2020“
18. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Jugendtaxi und 60+ Taxi“
19. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der FPÖ gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Antrag auf verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Marktfeldstraße“
20. Kabelplus, Ausbau Internet Wirtschaftspark West, Vereinbarung über Kostenbeteiligung
21. Allfälliges

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingegangen.

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt.

Hierüber ist eine gesonderte Niederschrift anzufertigen, welche getrennt zu verwahren und getrennt zu binden ist.

3. Neue Mittelschule Pinkafeld, umfassende Sanierung:

a. Beton- und Stahlbetonarbeiten bei der Stiege Haupteingang, Vergabe

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass aufgrund des kalten Winters die Stiege beim Haupteingang aufgefroren ist und diese nun saniert werden musste.

Für diese Zusatzleistungen hat die Fa. [REDACTED], ein Anbot über € 6.900,— netto gelegt. Die Vergabesumme erhöht sich somit auf insgesamt € 862.399,17 netto.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig (23 Ja-Stimmen) die Fa. [REDACTED], mit den Beton- und Stahlbetonarbeiten bei der Stiege NMS-Haupteingang zum Anbotspreis von € 6.900,— netto zu betrauen.

b. Tausch der defekten Alarmanlage, Vergabe

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass aufgrund eines Blitzschlages die Alarmanlage in der NMS zu reparieren ist. Die Versicherung hat zugesagt, die Reparaturkosten zu bezahlen. Da die Anlage schon veraltet ist und nicht mehr zu reparieren ist, wurde eine neue installiert. Ob auch die Kosten für die neue Alarmanlage durch die Versicherung übernommen werden, ist in Klärung.

Für diese Zusatzleistungen hat die Fa. [REDACTED], ein Anbot über € 2.684,— netto gelegt. Die Vergabesumme erhöht sich somit auf insgesamt € 398.510,96 netto.

Auf Antrag der Vorsitzenden Mag.a Novosel beschließt der Beirat einstimmig (23 Ja-Stimmen) die Fa. [REDACTED], mit der Zusatzleistung der Alarmanlage in der NMS in Höhe von € 2.684,00 netto, somit erhöht sich die Vertragssumme auf insgesamt € 398.510,96, zu betrauen.

4. Engleiten, Herstellung der Grundbuchsordnung, Verordnung über die Widmung zum öffentlichen Gut

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass mit der Teilung der Parzellierung der ehemaligen Köberl-Grundstücke im Ried Engleiten Flächen zum öffentlichen Gut dazukommen.

Die grundbücherliche Durchführung erfolgt nach den § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz. Der Stadtgemeinde Pinkafeld sind Hindernisgründe für eine solche Durchführung nicht bekannt.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig nachfolgende Verordnung:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Pinkafeld vom 4. Mai 2018, Zahl: 840-18/2018 gemäß § 82 der Burgenländischen Gemeindeordnung LGBL.Nr. 55/2003, betreffend die Widmung zum öffentlichen Gut in der KG. Pinkafeld.

§1.

Der Teilungsplan der Landvermesser [REDACTED], GZ. 11203, bildet einen Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2.

Die im zitierten Teilungsplan mit der Nummer

13 mit 18 m²

14 mit 4 m²

15 mit 4 m² und

16 mit 44 m²

bezeichneten Trennstücke des Grundstücks Nr. 8537, eingetragen in EZ. 2518 Gb. 34058 Pinkafeld werden dem Privatgebrauch entzogen und dem allgemeinen Gebrauch als öffentliches Gut gewidmet.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft.

5. Wirtschaftspark West, Herstellung der Grundbuchsordnung, Verordnung über die Entwidmung von öffentlichem Gut

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass aufgrund des Verkaufs der Grundstücke Nr. 6612/1 (jetzt neu gebildete Teilfläche 3 von Nr. 6610/5), 611/1 (jetzt neu gebildete Teilfläche 2 von Nr. 6610/5) und einer Teilfläche von 6610/3 (jetzt neu gebildete Teilfläche 1 von Nr. 6610/5) an [REDACTED] nunmehr eine Richtigstellung im Grundbuch herzustellen ist. Eine Entwidmung von öffentlichem Gut ist erforderlich.

Die grundbücherliche Durchführung erfolgt nach den § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz. Der Stadtgemeinde Pinkafeld sind Hindernisgründe für eine solche Durchführung nicht bekannt.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig nachfolgende Verordnung:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Pinkafeld vom 4. Mai 2018, Zahl: 840-1/2018 gemäß § 82 der Burgenländischen Gemeindeordnung LGBL.Nr. 55/2003, betreffend die Entwidmung von öffentlichem Gut in der KG. Pinkafeld.

§1.

Der Teilungsplan der Landvermesser [REDACTED], GZ. 11251, bildet einen Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2.

Das im zitierten Teilungsplan mit der Nummer 1 mit 249 m² bezeichnete Trennstück des Grundstückes 6610/3, eingetragen in EZ. 4244 Gb. 34058 Pinkafeld wird dem allgemeinen Gebrauch als öffentliches Gut entzogen und dem Privatgebrauch gewidmet.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft.

6. Offene Jugendarbeit im Burgenland, Beratungsangebot

GR Mag. Kubat berichtet, dass er als Jugendreferent zum Thema „Offene Jugendarbeit im Burgenland“ angerufen wurde.

Offene Jugendarbeit hat im Burgenland wenig Tradition. Im Vergleich zu anderen Bundesländern existieren im Burgenland kaum Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit (Jugendzentren, mobile Jugendarbeit, Jugendstreetwork). Das vorliegende Projektkonzept hat das Ziel 5 ausgewählten Gemeinden im Burgenland eine kostenlose Beratung und Begleitung anzubieten, die sie dabei unterstützt für die Jugendlichen in der Gemeinde ein maßgeschneidertes professionelles

Angebot zu entwickeln. Die Gemeinden werden dabei begleitet eine nachhaltige Infrastruktur Offener Jugendarbeit zu etablieren und nachhaltig zu betreiben. Das können sowohl Jugendzentren sein als auch professionell begleitete Jugendtreffs mit Anteilen mobiler sozialräumlicher Jugendarbeit. Als Commitment/Beauftragung gilt ein Gemeinderatsbeschluss.

Beratungsangebot

Die Beratung/Begleitung vor Ort findet durch das Gemeindeberatungsteam von NÖ statt. Der Inhalt der Beratungen richtet sich nach den Bedürfnissen der betreffenden Gemeinden und den beteiligten Personen.

Die Zielsetzung wird in den ersten beiden Arbeitsterminen festgelegt.

Umfang: 70 Stunden (ca. 10 Termine vor Ort, anteilig Overhead- und Fahrtzeiten)

Zeitraum wird mit der betreffenden Gemeinde vereinbart und richtet sich nach dem Bedarf vor Ort.

GR Mag. Kubat hat einen sehr guten Eindruck von den Beteiligten des Projektes gewinnen können, er wird am Montag nach Wien fahren und direkt mit den Projektbeauftragten in Verbindung treten. Er würde es sehr begrüßen, wenn wir eine der 5 Modellgemeinden im Burgenland werden würden.

GR Mag.a (FH) De Lellis-Mejatsch findet das Projekt großartig, vor allem dem breit gefächerten Aufgabenbereich, wie Streetwork, Jugendarbeit, Jugendtreff, etc. und begrüßt es, dass diese Themen wieder gezielt aufgegriffen werden.

GR Mantsch, MSc bittet, dass man den Jugendausschuss des Gemeinderates in die Konzepterstellung und Ausarbeitung miteinbezieht. Er fände es auch sehr sinnvoll, die Jugend direkt miteinzubeziehen, da diese die bestehende Problematik am besten wiedergeben kann. Es ist wichtig die Jugend an der Gemeindepolitik mitwirken zu lassen.

GR Stumpf MA MSc findet den Neuansatz gut, bittet jedoch die vorhandenen Ressourcen zu analysieren, warum es bisher nicht funktioniert hat. Von den vorhandenen Projekten weder Personal noch Infrastruktur bestehen geblieben. Es gab ja auch Berichte durch den ehemaligen Betreuer, diese sollte man sich nochmal ansehen, wo die Faktoren am bisherigen Scheitern der Projekte gelegen sind.

GR Mag. Kubat sagt zu, dass auch eine Analyse der alten Projekte stattfinden wird, wo man sich die Fehlerquellen ansehen muss, um diesen dann vorzubeugen. Die bestehenden Ressourcen werden natürlich verwendet. Pinkafeld hat ein großes Potential an Jugendlichen und er hofft, dass diese nun bestmöglich genutzt werden.

Auf Antrag von GR Mag. Kubat beschließt der Gemeinderat einstimmig, das Beratungsangebot im Rahmen des Projektes „Offene Jugendarbeit im Burgenland“ von boJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit in Anspruch zu nehmen.

7. Mobilitätsinitiative für Pinkafelds Jugend

1. Richtlinien für das Jugendtaxi in Pinkafeld

Vizebgm. Rechberger berichtet, dass in der letzten Gemeinderatssitzung die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen wurde, um ein Mobilitätskonzept für das City-Taxi sowie das Jugendtaxi zu entwickeln. Dieses liegt nun vor und lautet wie folgt:

1. **Testweise Umsetzung 2019** – Evaluierung Ende 3. Quartal 2019 > wenn notwendig
Adaptierung der Richtlinien
2. **Geplantes Budget** für 2019: € 16.500,-- Euro
3. **Abwicklung:**
 - a) Die Jugendlichen bekommen auf dem Gemeindeamt einen „Jugendscheck“ für die Taxifahrten ausgehändigt. Ein Jugendscheck hat einen Wert von € 5,--. Die Ausgabe muss namentlich registriert werden.
 - b) Der Jugendscheck ist nicht übertragbar und nicht verkaufbar.
 - c) Pro Quartal können 15 Jugendschecks pro Bezugsberechtigten ausgegeben werden.
4. **Kosten:**
 - a) Jugendliche bezahlen für einen Scheck im Wert von € 5,-- bei der Ausgabe im Gemeindeamt € 2,50. Die Gemeinde kommt auf Kosten von **€ 2,25 pro Scheck** (Taxiunternehmen gewähren der Gemeinde 10 % Rabatt)
5. **Anzahl der auszugebenden Jugendschecks:**
 - a) Unter diesen Annahmen können rund **7.340 Stk.** Jugendschecks ausgegeben werden.
 - b) Ist die **Anzahl** der auszugebenden Jugendschecks **erreicht**, wird die **Ausgabe** für dieses Jahr **eingestellt - First Come First Served.**

Bezugsberechtigte:

- a) Hauptwohnsitz in Pinkafeld
- b) Jugendliche im Alter von 14 bis 19 Jahren – generell
- c) Jugendliche im Alter von 20 bis 24 Jahren – in Ausbildung, Präsenz- bzw. Zivildienst oder freiwilliges Sozialjahr – gegen Vorlage der entsprechenden Ausweise

GR Supper möchte anregen, dass man das jährliche Budget quartalsweise kontrolliert und auch dem Gemeinderat mitteilt, da die Befürchtung besteht, dass das Jugendtaxi teurer als der Discobus wird.

Vizebürgermeister Rechberger teilt seine Bedenken, er hat sich jedoch gut informiert, u.a. auch über die Wirtschaftskammer und diese haben gemeint, dass der Rahmen von € 16.000,00 auch in Pinkafeld nicht überschritten wird. Wir können uns momentan nur auf das Fachwissen der Wirtschaftskammer stützen und abwarten wie es sich tatsächlich entwickelt.

GR Stumpf, MA MSc teilt mit, dass er sich über Neusiedl erkundigt hat, diese geben 10 Ticket aus zwischen 14 und 27 Jahren, und die laufenden Gesamtkosten 2017 betragen € 8.600,00.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die vorgelegten Richtlinien für das Jugendtaxi in Pinkafeld anzunehmen.

2. Teilnahme am Projekt "Jugendtaxi Burgenland" ab 01. Jänner 2019 und Kooperationsvereinbarung mit dem "Verein Mobiles Burgenland"

Vizebgm. Rechberger verliest die Kooperationsvereinbarung mit dem „Verein Mobiles Burgenland“ wie folgt:

Kooperationsvereinbarung

Zwischen der Gemeinde Pinkafeld und dem Verein „Verein Mobiles Burgenland“.

Dieser Kooperationsvertrag kann jederzeit von beiden Seiten ohne Angabe von Gründen aufgelöst werden. Nach Auflösung muss die Gemeinde die verbliebenen Jugendschecks dem Verein zurückstellen. Noch in Umlauf befindliche Jugendschecks behalten weiterhin ihre Gültigkeit und können weiterhin mit der Gemeinde abgerechnet werden.

Es gelten die Richtlinien zur Durchführung von Beförderungen im Rahmen des Projektes „Jugendtaxi Burgenland“. Die Richtlinien wurden bei Unterfertigung dieser Kooperationsvereinbarung ausgehändigt und sind auf der Homepage des Vereins unter www.jugendtaxi.eu ersichtlich.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Kooperationsvereinbarung mit dem „Verein Mobiles Burgenland“ anzunehmen und zu unterfertigen, wobei die Vereinbarung ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist.

3. Ausstieg aus dem Projekt "Discobus" mit 31. Dezember 2018 - Kündigung des Beförderungsauftrages "Discobus Burgenland" mit der [REDACTED]

Vizebgm. Rechberger berichtet, dass aufgrund der vorangegangenen Beschlüsse nun noch die Kündigung des Beförderungsauftrages „Discobus Burgenland“ mit der Südburg GmbH & Co KG erforderlich ist.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, dem Beförderungsauftrag „Discobus Burgenland“ mit der [REDACTED] mit 31. Dezember 2018 zu kündigen.

8. Mobilitätsvertrag Bahnstrecke Friedberg - Oberwart

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass ein Vertreter der [REDACTED] bei ihm vorgesprochen und einen Mobilitätsvertrag zur Unterfertigung im Gemeinderat vorgelegt hat. Im Vertrag ist der Betrieb und die Erhaltung der Bahnstrecke

Friedberg – Oberwart festgehalten. Weitere Vertragsgemeinden sind Riedlingsdorf und Oberwart. Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt vorerst für fünf Jahre. Innerhalb dieses Zeitraums verzichten [REDACTED] und Bahngemeinden auf das Recht der Kündigung, ausgenommen im Falle der Einstellung des Schienenverkehrs. Darüber hinaus verlängert sich dieser Vertrag um jeweils ein Jahr, wenn dieser nicht vor Ablauf des III. Quartals eines Jahres gekündigt wird.

Die Bahngemeinden verpflichten sich

an die [REDACTED] einen

- Betrag von 4,50 Euro pro Jahr und für einen in der jeweiligen Bahngemeinde gemeldeten Einwohner zu entrichten.
- Dieser Betrag ist zu Jahresbeginn fällig und wird an die [REDACTED] ohne besondere Aufforderung überweisen.

Die Bahngemeinden nehmen darauf bedacht, in ihren Flächenwidmungsplänen und den räumlichen Entwicklungskonzepten eine dichtere Bebauung schwerpunktmäßig in fußläufiger Entfernung von allfälligen Bahnhaltstellen bzw. Bahnhöfen zu planen.

Betriebe, die Güter produzieren oder mit Gütern handeln, die für den Schienengüterverkehr geeignet sind, sollen soweit wie möglich auf solchen Flächen angesiedelt werden, die durch einen Gleisanschluss bedient werden können.

Eine weitere Erläuterung in Österreich entsteht zwischen Oberwart und Friedberg Europas erste Teststrecke für selbstfahrende Züge auf offener Strecke , im sogenannten Open Rail Lab erproben Unternehmen und Forschungseinrichtungen neue Eisenbahntechnologien, wie Logs, Kreuzungen und Hindernisse auf den Schienen, die dann das automatisch erkennen. Mit dem Open Rail Lab entsteht im Burgenland ein zukunftsweisendes Forschungseinrichtungsvorhaben, dass Forschung und Industrie die Möglichkeit bietet ihre Innovationen und Erfindungen im Zuge der Digitalisierung auf der Schiene im großen Stil zu entwickeln und zu testen. Diese Investition ist für das Burgenland sehr wertvoll. Der Wirtschaftsstandort wird für Betriebe attraktiver.

Weiters berichtet er, dass am 20. April 2018 eine Pressekonferenz in Weiz stattgefunden hat, wo eine Zusammenarbeit mit dem [REDACTED] und Burgenland bzgl. Forschungsarbeit dementsprechend abgeschlossen worden ist und Pinkafeld wird der zukünftige Forschungsschwerpunkt im Burgenland werden. Es ist auch ein neuer Studienlehrgang eingereicht worden, mit dem Schwerpunkt EDV und IT, um auch in diesem Bereich einen tertiären Bildungsstandort in der FH zu schaffen.

StRin KommRin Gottweis, MSc begrüßt das Vorhaben sehr, dass in diesem Bereich Aktivitäten gesetzt werden. Sie hofft für die Zukunft auch weitere Projekte mit dem Ziel der Verlängerung der Strecke nach Steinamanger gesetzt werden. Es ist wichtig, dass auf dieser Strecke wieder Personenverkehr stattfindet. Die Zukunft des öffentlichen Verkehrs liegt auf der Schiene und es freut sie, dass mit diesem Beschluss ein großer Schritt in diese Richtung passiert.

GR Supper schließt sich diesem Beschluss gerne an.

Nunmehr liegen Ergebnisse vor und die [REDACTED], hat eine Vereinbarung vorgelegt, worin ein Pauschalbetrag von € 3.000,— der Stadtgemeinde Pinkafeld angeboten wird. Somit sind alle Rückforderungsansprüche aus überhöhten Zinsvorschreibungen für die Kreditkonten AT61 3312 5004 0071 2000, AT78 3312 5011 0071 2000, AT25 3312 5012 0071 2000 und AT 69 3312 5013 0071 2000 (derzeit aushaftend € 1,031.409,80) verglichen und bereinigt. Für vorhin angeführten Kreditkonten wird rückwirkend ab 1. Jänner 2018 der negative Referenzzinssatz (6-Monats-Euribor) berücksichtigt, sodass sich eine Senkung des Zinssatzes um 0,271 % ergibt.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Vereinbarung mit der [REDACTED] bezüglich Rückforderungsansprüche aus überhöhten Zinsvorschreibungen für die Kreditkonten AT61 3312 5004 0071 2000, AT78 3312 5011 0071 2000, AT25 3312 5012 0071 2000 und AT 69 3312 5013 0071 2000 anzunehmen und zu unterfertigen, wobei diese ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist (Anlage B).

11. Darlehens-Check, Gemeinde Pinkafeld Infrastruktur KG, Vereinbarung mit der [REDACTED]

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass auch die Darlehen der Gemeinde Pinkafeld Infrastruktur KG geprüft wurden. Auch hier hat die [REDACTED], eine Vereinbarung vorgelegt, worin ein Pauschalbetrag von € 3.500,— angeboten wird. Somit sind alle Rückforderungsansprüche aus überhöhten Zinsvorschreibungen für die Kreditkonten AT79 3312 5001 0070 6002 und AT26 3312 5002 0070 6002 (derzeit insgesamt aushaftend € 1,216 Mio.) verglichen und bereinigt. Für vorhin angeführten Kreditkonten wird rückwirkend ab 1. Jänner 2018 der negative Referenzzinssatz (6-Monats-Euribor) berücksichtigt, sodass sich eine Senkung des Zinssatzes um 0,271 % ergibt.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Vereinbarung mit der [REDACTED] bezüglich Rückforderungsansprüche aus überhöhten Zinsvorschreibungen für die Kreditkonten AT79 3312 5001 0070 6002 und AT26 3312 5002 0070 6002 anzunehmen und zu unterfertigen, wobei diese ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist (Anlage C).

12. Feuerwehrhaus, Am Platzl 1, restliche Wohneinheiten, Kündigung des Wohnbauförderungsdarlehens

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass für den Zubau bzw. Sanierung des Feuerwehrhauses Am Platzl 1 seinerzeit Wohnbaudarlehen aufgenommen wurden. Im Zuge des Verkaufs des Hauses sind diese seitens der Stadtgemeinde zu tilgen. Jener Teil, der in der Ausschreibung zur Übernahme vermerkt ist (mit Stand Übergabe mit 30. Juni 2018 € 84.813,27 bei der [REDACTED]), wird laut Vertrag von der [REDACTED] übernommen. Das restliche Wohnbauförderungsdarlehen bei der [REDACTED] mit der Bezeichnung 2/5 (Laufzeitende 30. Juni 2035) in der Höhe von insgesamt € 74.014,20 (Stand 1. Jänner 2018) wurde übersehen und ist nun von der Stadtgemeinde Pinkafeld zu tilgen.

StRin KommRin Gottweis, MSc versteht nicht, wie von Seiten der Gemeinde so ein Fehler passieren konnte. Es wurde beschlossen mit dem Verkauf des „Alten“ Feuerwehrhauses den Neu- bzw. Umbau des „Neuen“ Feuerwehrhauses zu finanzieren. Das übersehene Darlehen in Höhe von fast € 75.000,00 reißt doch ein großes Loch in die Finanzierung. Nach zweimaliger Ausschreibung dürfen solche Fehler nicht passieren, es geht doch um einen großen Betrag. Sie findet es auch wichtig, dass man die verantwortlichen Personen abmahnt. Man muss schon für solche Fehler gerade stehen, es ist ja zweimal hintereinander passiert.

GR Stumpf, MA MSc kündigt an, die Ausschreibungsverfahren in der nächsten Prüfungsausschusssitzung zu prüfen. Er versteht nicht, dass es zu diesem Fehler gekommen ist, da zweimal ausgeschrieben wurde. Genaueres wird er nach der Prüfungsausschusssitzung berichten. Er schließt sich auch der Meinung von StRin KommRin Gottweis, MSc an, dass die Verantwortlichen abgemahnt werden, die Ausschreibung war lückenhaft. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat mit Stimmenmehrheit (19 Ja-Stimmen: Maczek, Rechberger, Novosel, Schuh, Allerbauer, Grosinger, Hofer, Kirnbauer, Kubat, Lenz, Pfeiffer, Schuh, Supper, Mantsch, Friedrich, Unger, Gottweis, Luif, Buchegger, 4 Enthaltungen: Stumpf, De Lellis-Mejatsch, Horvatits, Hoffmann), das Darlehen 2/5 (Konto Nr. 30240072610) bei der [REDACTED] mit einem Restkapital von € 74.014,20 zum 30. Juni 2018 zu kündigen. Die Rückzahlung des Darlehensbetrages inkl. allfälliger Tilgungsraten und Zinsen erfolgt spätestens Ende des Jahres 2018.

13. Arbeiterhaus, Industriestraße 8, Kündigung des Wohnbauförderungsdarlehens

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass für die Sanierung des Arbeiterhauses in der Industriestraße 8 seinerzeit ein Wohnbaudarlehen aufgenommen wurde. Im Zuge des Verkaufs des Hauses wurde festgestellt, dass noch ein Betrag von insgesamt € 147.480,21 (Stand 1. März 2018) offen ist. Dieses Darlehen hat eine Laufzeit bis September 2037.

GR Stumpf, MA MSc bittet um kurze Erklärung des Punktes Acht im Kaufvertrag, wo es ums eingetragene Pfandrecht geht. Was bedeutet dies für die Stadtgemeinde. Da dort der volle Kreditbetrag in ATS noch eingetragen ist. Es dürfen der Gemeinde keine weiteren Kosten mehr entstehen.

StR Mag. Novosel erklärt, dass das ein normaler Vorgang der Landesregierung ist. Sobald man ein Landesdarlehens aufnimmt, lässt sich dieses ins Grundbuch eintragen. Sobald die Wohnbauförderung getilgt ist, muss das Pfandrecht aus dem Grundbuch gelöscht werden. Es ist der Originaleintrag, welcher noch in Schilling angegeben ist, in den Kaufvertrag übernommen worden. Das ist ein rechtlich normaler Vorgang, das Pfandrecht im Kaufvertrag wird wörtlich aus dem Grundbuch übernommen.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat mit Stimmenmehrheit (17 Ja-Stimmen: Maczek, Rechberger, Novosel, Schuh, Allerbauer, Grosinger, Hofer, Kirnbauer, Kubat, Lenz, Pfeiffer, Schuh, Supper, Thomas, Friedrich, Unger, Gottweis, 5 Enthaltungen: Stumpf, De Lellis-Mejatsch, Luif, Horvatits, Hoffmann – ohne Buchegger), das Darlehen 2/4 (Konto Nr. 50122360001) bei der [REDACTED] mit einem Restkapital von € 147.480,21 zum 30. Juni

2018 zu kündigen. Die Rückzahlung des Darlehensbetrages inkl. allfälliger des Jahres 2018. Nach Tilgung des Restkredits muss umgehend die Löschung des Pfandrechtes beantragt werden.

14. Liegenschaftsverkauf „Arbeiterhaus“ in der Industriestraße 8, Vergabe

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass seinerzeit für das Arbeiterhaus kein Anbot abgegeben wurde. Der Mindestverkaufspreis wurde damals mit € 300.000,— brutto festgelegt. Nun hat die [REDACTED] ein Kaufanbot über € 300.000,— brutto abgegeben. Der Kaufvertrag wurde vorab übermittelt.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Pinkafeld einstimmig (ohne Buchegger), den Kaufvertrag mit der [REDACTED] betreffend das Objekt „Arbeiterhaus“ in der Industriestraße 8 zum vereinbarten Kaufpreis von € 300.000,— inkl. 20 % MWSt. anzunehmen und zu unterfertigen. Der Vertrag ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses (Anlage D).

15. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der Neos gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Unterstützung der Pinkafelder Vereine bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)“

GR Mantsch, MSc berichtet, dass die korrekte Umsetzung der DGSVO vor allem auch die Vereine vor eine große Herausforderung stellt. Genau diese Vereine sind ein essentieller Bestandteil unserer Gemeinde und unserer Gesellschaft. Daher soll die Gemeinde Pinkafeld unsere Pinkafelder Vereine bei der Bewältigung dieser Herausforderung, der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung unterstützen.

Antrag:

1. Die Gemeinde Pinkafeld veranstaltet für die Pinkafelder Vereine einen Workshop mit Experten zur korrekten Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung.
2. Die Möglichkeit einer limitierten individuellen Beratung für die Vereine in Form einer „Hotline“ mit Experten soll überlegt und nach Möglichkeit umgesetzt werden.

GRin Kirnbauer berichtet, dass sie sich bei der [REDACTED] die Info angesehen hat, jedoch nicht ganz verstanden hat. Es ist nicht eindeutig klar, was ein jeder Verein zu erledigen hat.

GR Mantsch, MSc ergänzt, dass das Vereinsleben in Pinkafeld so breitgefächert ist, dass die [REDACTED] reichen würde, da es auch genug andere Vereine gibt, wo der Schwerpunkt nicht bei sportlichen Aktivitäten liegt.

Bgm. Mag. Maczek erläutert, dass der Landeshauptmann in der Vergangenheit immer Sorge getragen hat, dass es immer dementsprechende Informationen und Unterstützung für die Vereine gegeben hat, ein Herr [REDACTED] berät die Vereine und es wäre sinnvoll diesen einzuladen.

GR Friedrich hat sich ebenfalls mit dem Datenschutz für Vereine auseinandergesetzt, er hat sich die Richtlinien der █████ angesehen. Grundsätzlich ist es nicht so kompliziert, man muss aber vorab filtern, was ein jeder Verein braucht. Der Ansatz von GR Mantsch, MSc ist sinnvoll, man sollte wirklich Experten einladen. Der Datenschutz setzt sich aus drei Dingen zusammen, erstens wäre das Verzeichnis, es braucht eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten und er muss für die Datensicherheit sorgen.

StRin KommRin Gottweis, MSc betont, dass jeder Verein andere Voraussetzungen im Datenschutz mitbringt. Man muss wirklich vorsichtig mit diesen Daten umgehen und auch dementsprechend mit den Vereinen zusammenarbeiten. Wichtig ist den Vereinen eine Hilfestellung anzubieten und sie bei dem Thema Datenschutz nicht alleine lassen. Es gibt sicherlich mehrere Experten, ein Sportverein hat andere Daten als ein Sozialverein oder Musikverein. Sie findet es sehr sinnvoll Herrn █████ einzuladen.

GR Stumpf, MA Msc fragt nach, ob Herr █████ vom Vereinsregister auf der Bezirksbehörde nicht helfen könnte.

StRin Mag.a Novosel glaubt nicht, dass Herr █████ sich im Datenschutzbereich von Vereinen auskennt. Sie bietet an, sich im Land zu erkundigen.

Bgm. Mag. Maczek sagt ebenfalls zu, sich bei den Kollegen in der Landesregierung umzuhören und zu erfragen, bei welcher Institution oder Kollegen man sich im Datenschutz betreffend der Vereine erkundigen kann.

Auf Antrag von GR Mantsch, MSc beschließt der Gemeinderat einstimmig (23 Ja-Stimmen) für die Pinkafelder Vereine einen Workshop mit Experten zur korrekten Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung abzuhalten.

16. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung „Regionales Abfallzentrum Pinkafeld“

StRin KommRin Gottweis, MSc berichtet, dass die derzeitige Situation der Müllentsorgung Pinkafeld was die Müllsammelstelle inkl. aller Müllinseln und Plätze für Grünschnitt- und Baumschnitt anbelangt, schon mehrmals als ungenügend und grob zersplittert besprochen worden ist.

Das in der █████ Woche 15/2018 dargestellte Konzept des Regionalen Abfallzentrums in Heiligenkreuz mit einem Einzugsgebiet von 7000 bis 10.000 Einwohnern würde alle unsre Probleme lösen. Es könnte ein modernes Abfallzentrum für Pinkafeld und Umgebung errichtet werden, das einerseits eine zentrale Entsorgung und andererseits eine bessere Trennung der Abfälle garantiert, da die Betreuung durch dafür geschultes, qualifiziertes Personal passiert.

Man muss sich das wie einen umgekehrten Supermarkt vorstellen, wo die Leute mit ihrem Einkaufswagen reinfahren und ihren Müll auf bis zu 200 verschiedene Fraktionen trennen, Vorteile sind kundenfreundliche Öffnungszeiten, ähnlich einem Supermarkt, ein Mietautoservice für Abfalltransporte, sowie die kostenlose Benützung.

Derzeit ist eine Errichtung aufgrund einer privatwirtschaftlichen Vereinbarung möglich, da das Burgenländische Abfallwirtschaftsgesetz den Gemeinden diese Aufgabe übertragen hat.

Unser Antrag als Volkspartei Pinkafeld lautet:

- Der GR möge beschließen, dass sich die Stadtgemeinde Pinkafeld bemüht, dass ein derartiges regionales Abfallzentrum in Pinakeld errichtet wird.
- Etwaige Flächen sind zu sichern und vorzubereiten
- Der Bürgermeister möge in seiner Funktion als Abgeordneter die rechtliche Klärung vorantreiben und bei der Sitzung des GR im Oktober über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Lang Burgenland und [REDACTED] berichten.

Die Lage ist so, dass der [REDACTED] solche Zentren nicht von sich aus bauen kann, sondern er braucht eine Gemeinde dazu. Sie findet es wichtig sich für Pinkafeld ein Abfallzentrum zu sichern, bevor sich andere Gemeinden im Umkreis dafür interessieren. Ihr Ansinnen ist es, ein derartiges Projekt langfristig zu planen und umzusetzen. Es entstehen für die Gemeinde und für die Bevölkerung keine Kosten.

Wichtig wäre auch, es rechtlich für den [REDACTED] abzuändern. Andere Bundesländer haben die rechtliche Grundlage bereits geschaffen und die illegalen Müllablagerungen sind deutlich zurück gegangen.

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass er bereits von dem Projekt gehört hat. Er gibt jedoch zu bedenken, dass ein regionales Abfallzentrum für Pinkafeld ein deutliches Mehraufkommen an Verkehr stattfinden wird. Es gibt jetzt schon Probleme mit Überlastungen in Richtung Baumschnittplatz. Er bittet Frau StRin KommRin Gottweis, MSc einen Vorschlag für einen geeigneten Platz vorzulegen. Alleine das Gerücht, dass die Sammelstelle bei der Fernwärme angesiedelt werden soll, erregt die Gemüter der Anrainer.

Sobald von Frau StRin KommRin Gottweis, MSc ein Vorschlag für einen geeigneten Platz vorgebracht wird, könne man gerne nochmals darüber sprechen.

Vizebürgermeister Rechberger findet die Idee grundsätzlich gut, es ist natürlich eine strategische Frage, wo der beste geeignetste Platz für eine neue Sammelstelle ist. Ihm fällt momentan kein Platz ein, wo die Anrainer sich nicht gestört fühlen. Die Gemeinde würde den Grund und Boden zur Verfügung stellen, das Gebäude, Überwachung, Zufahrt, etc. übernimmt der [REDACTED], für die Bevölkerung fallen keine Kosten an.

StRin Mag.a Novosel fragt nach, wie der [REDACTED] dies finanziert, warum sollte dieser kostenlos eine solche Sammelstelle bauen und betreiben.

StRin KommRin Gottweis, MSc berichtet, dass der [REDACTED] die Einnahmen des Verkaufes des Restmülles verwendet.

GR Stumpf, MA MSc stellt klar, dass nicht sofort eine Entscheidung getroffen werden muss. Es sind gute Ansätze vorhanden und man muss das Projekt weiter vorantreiben. Die derzeitige Situation einer Sammelstelle in einer Sackgasse, der Baumschnitt und Grünschnitt aufgeteilt auf zwei Standorte ist nicht zufriedenstellend. Er ist der Meinung, dass das Gemeindegebiet groß genug ist, das man evaluieren kann, wo ein geeigneter Platz wäre. Für Pinkafeld würde es sich

anbieten, da eben diese Problematik besteht und es sowieso zu einer Lösung kommen muss. Die Rahmenbedingungen sollten bis Oktober abgeklärt sein.

Bgm. Mag. Maczek sagt zu, dass er sich in den nächsten zwei Wochen mit dem Obmann des [REDACTED] zusammensetzen und die Rahmenbedingen mit ihm besprechen wird. Danach wird er im Gemeinderat berichten.

GR Friedrich begrüßt die Idee ebenfalls, er ist der Meinung, dass eine geeignete Lösung gefunden wird. Und man darf nicht vergessen, auch wenn es zu einer Belastung auf der einen Seite kommen wird, entsteht auf der anderen Seite eine Entlastung in jetzt stark frequentierten Gebieten.

Auf Antrag von StRin KommRin Andrea Gottweis, MSc beschließt der Gemeinderat einstimmig (23 Ja-Stimmen) bis Ende des Sommers alle geeigneten Plätze zu evaluieren, mit dem [REDACTED] die Rahmenbedingungen abzuklären und sich im Herbst mit dem Thema neu zu befassen.

17. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgl. Gemeindeordnung „Kindergarten(konzept oder -planung) ab 2019/2020

GR Mag.a (FH) Patrizia De Lellis-Mejatsch berichtet, dass seit vielen Jahren, die Platzsituation im Kindergarten kritisch ist. Die Versäumnisse seitens der Stadtgemeinde haben dazu geführt, dass letztes Jahr eine provisorische Kindergartengruppe eröffnet werden musste. Eine Vorausschau zeigt, dass es keine Entspannung der Situation geben wird. Es wird eher in die Richtung gehen, dass mindestens eine weitere Gruppe installiert werden muss. Zusätzlich kommt hinzu, dass auch Erweiterungen bei der Kinderkrippe und bei der Tagesheimstätte in naher Zukunft anstehen.

Die Stadtgemeinde geht nun anscheinend davon aus, dass für das nächste Kindergartenjahr nicht genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen könnten. Diese Situation wird durch die April Stadtinfo mit den folgenden Worten bestätigt: „sichern Sie Ihrem Kind rechtzeitig einen Betreuungsplatz.“ Die Eltern sind nun völlig zu Recht verunsichert! Ohne eine gesicherte Kinderbetreuung können keine Planungen in Bezug auf die Arbeit gemacht werden.

In der von der Gemeinde installierten Arbeitsgruppe wurde darüber diskutiert, den Kindergarten in die Volksschule und die Volksschule in die Neue Mittelschule umzusiedeln. Man kann davon ausgehen, dass diese Ideen mit allen Beteiligten diskutiert werden müssen und daher eine kurz- bzw. mittelfristige Lösung in diese Richtung eher unwahrscheinlich ist. Da aber die provisorische Gruppe nicht auf Dauer weitergeführt werden kann und in naher Zukunft wahrscheinlich mindestens eine weitere Gruppe installiert werden muss, müssen wir eine kurz- bzw. mittelfristige Lösung anstreben. Wir fordern daher, dass der Gemeinderat sich heute noch zu einer gesicherten Kindergartenbetreuung bekennt. Es soll für jedes Pinkafelder Kind im Kindergartenalter ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen.

Von uns kommen dazu folgende Lösungsvorschläge:

Das Supper-Haus wurde vor Jahren von der Gemeinde für eine notwendige Erweiterung des Kindergartens teuer angekauft. Wir beantragen, dass dieses Haus nun für weitere Kindergartengruppen verwendet wird. Zusätzlich sollen private Initiativen gefördert werden. Es

gibt Interessenten und daher den Bedarf eine Förderrichtlinie zu erstellen. Und – wenn es dem Kinderdorf möglich ist, soll die Stadtgemeinde auch dort eine weitere Gruppe bei Bedarf fördern.

Aus unserer Sicht sind diese kurz- und mittelfristigen Lösungen in unserer finanziellen Situation momentan am besten und wir stellen daher den Antrag auf:

Nutzung des Supper-Hauses ab dem Kindergartenjahr 2019/2020, Förderung einer weiteren Kinderdorfgruppe bei Bedarf und Erstellung von Förderrichtlinien für private Anbieter bis Ende 2018.

Bgm. Mag. Maczek stellt klar, dass ein jedes Kind einen gesicherten Kindergartenplatz erhält. Die Schaltung in der „Stadtinfo“ war eine Werbung der Kindergartenleiterin, die sicherlich nicht so gemeint war, wie sie von der Volkspartei interpretiert worden ist.

Vizebürgermeister Rechberger hält fest, dass in einer Gemeinderatssitzung festgelegt wurde, dass bzgl. der Problematik Kinderbetreuung eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird. Er hat den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe übernommen. Die Arbeitsgruppe arbeitet sehr konstruktiv. Auch die Vorbringungen der Volkspartei werden in dieser Arbeitsgruppe besprochen. Es gibt Erhebungen über einen mittelfristigen- und langfristigen Bedarf an Betreuungsplätzen. Man ist sich noch nicht einig, in welche Richtung gegangen werden wird. Die Arbeitsgruppe hat sich das Ziel bis Ende Juni gesetzt für eine Entscheidung. Er versteht den Antrag der ÖVP nicht, da auch ein Mitglied der Volkspartei an der Arbeitsgruppe teilnimmt und auch sehr konstruktiv mitarbeitet. Wenn eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, kann man nicht vorweg Ergebnisse fordern. Er kann dem Antrag nicht zustimmen. Ende Mai findet die nächste Arbeitsgruppensitzung statt, und danach kann man über Ergebnisse sprechen.

Bgm. Maczek versteht ebenfalls nicht, warum der Arbeitsgruppe vorweggenommen wird. Es gibt viele Möglichkeiten um eine konstruktive Lösung zu erzielen und bittet das Ergebnis der Arbeitsgruppe abzuwarten. Danach könne man noch immer diesbezügliche Diskussionen sinnvoll führen.

GR Buchegger erklärt, dass der vorgebrachte Satz aus der „Stadtinfo“ aus dem Kontext gerissen wurde. Der Kindergarten veranstaltet eine Einschreibung, die sich über vier Tage erstreckt, damit auch berufstätigen Eltern die Möglichkeit gegeben wird zu kommen. Es ist für jedes Kind ein Platz vorhanden. Man möchte jedoch nicht, dass Eltern im Oktober kommen und dringend einen Platz für November brauchen. Es gehört das kommende Kindergartenjahr gut geplant, und dafür benötigt man die Anmeldungen zeitgerecht. Das es immer wieder vereinzelt zu kurzfristigen Anmeldungen kommen kann, steht außer Frage, jedoch sollte es nicht die Mehrheit betreffen. Der Satz aus der „Stadtinfo“ ist definitiv nicht so gemeint, wie er von der Volkspartei aufgenommen worden ist.

GR Stumpf, MA MSc erläutert, dass das Supper-Haus gekauft wurde, um es für den städtischen Kindergarten zu nutzen. Es ist in den letzten fünf Jahren viel passiert, 2012 wurde der Umbau der Volksschule und Teilbereiche des Kindergarten fertiggestellt, 2017 wurde die Sanierung der NMS beschlossen, auch hier gab es ein Konzept, auf Basis diesen Konzeptes wurde die NMS saniert, und jetzt ein halbes Jahr später stellt man fest, dass das Konzept nicht ausgereift gewesen sein kann, wenn jetzt mehrere Räumlichkeiten leer stehen. Diese Projekte haben eine Größenordnung wie man meinen sollte, doch gut durchdacht zu sein.

Er weist nur darauf hin, dass, sollte man das Supper-Haus in den Kindergarten integrieren, einfach frühzeitig Maßnahmen gesetzt werden müssen. Man muss Kündigungsfristen einhalten, die Planung und der Umbau benötigt Zeit, etc.

Er findet es auch fraglich, dass man im Hauptschulpark Flächen festlegt, wo der Workout Park entstehen soll, und jetzt darüber diskutiert, im Anschluss an die NMS einen neuen Bereich für Schulen und Bildungseinrichtungen etabliert, damit noch weniger Grünflächen zur Verfügung stehen.

GR Mag.a (FH) De Lellis Mejatsch spricht weiter an, dass man Privatinitiativen fördert. Es gibt Interessenten und diese gehören gefördert.

StRin KommRin Gottweis, MSc erläutert, dass eine Idee geboren wurde eine Montessori- bzw. Waldorfguppe zu installieren. Dies wäre auch eine gute Möglichkeit kurzfristig Platz zu schaffen. Aber auch um den unterschiedlichen Interessen und Anforderungen der Kinder gerecht zu werden. 168 Kinder befinden sich derzeit in unsrem Kindergarten, es wäre vielleicht wirklich sinnvoll das Angebot für die Eltern zu erweitern, um auch die Kinder individuell zu fördern. Solche Privatinitiativen sollten von Seiten der Gemeinde aufgrund von Richtlinien gefördert werden, damit sich entsprechende Betreiber danach richten können.

Bgm. Mag. Maczek hört zum ersten Mal von diesen Privatinitiativen. Es hat sich weder bei ihm, noch bei der Stadtgemeinde jemals jemand über einen Privatkindergarten informiert. Es ist kein Problem solche Richtlinien festzulegen, nur nachdem sich bis dato niemand gemeldet hat oder Interesse bekundet hat, findet er es nicht sinnvoll dies jetzt festzulegen. Sobald sich jemand meldet, kann man es gerne in die Arbeitsgruppe aufnehmen.

GR Supper bittet die Volkspartei, auf die Lösungsvorstellungen der Arbeitsgruppe zu warten, alles andere macht vorab wenig Sinn. Aus diesem Grund kann er dem Antrag nicht zustimmen.

GR Friedrich findet ebenfalls, dass die Arbeitsgruppe bis jetzt sehr konstruktiv gearbeitet hat und wirklich gute Lösungsansätze erarbeitet hat und kann sich dem Antrag ebenfalls nicht anschließen.

GR Mantsch schließt sich den Wortmeldungen von GR Supper und GR Friedrich an, er bittet ebenfalls auf die Präsentation der Arbeitsgruppe abzuwarten.

Auf Antrag von GR Mag.a (FH) Patrizia De Lellis-Mejatsch lehnt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Pinkafeld mit Stimmenmehrheit (6 Ja-Stimmen: Stumpf, De Lellis-Mejatsch, Luif, Horvatits, Hoffmann, Gottweis, 17 Nein-Stimmen, Maczek, Rechberger, Novosel, Schuh, Allerbauer, Grosinger, Hofer, Kirnbauer, Kubat, Lenz, Pfeiffer, Schuh, Supper, Mantsch, Friedrich, Unger, BucheggerGR Buchegger), den Antrag auf Nutzung des Supper Hauses ab dem Kindergartenjahr 2019/2020, Förderung einer weiteren Kinderdorfgruppe bei Bedarf und Erstellung von Förderrichtlinien für private Anbieter bis Ende 2018 ab.

18. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgl. Gemeindeordnung „Jugendtaxi und 60+ Taxi“

GR Andreas Stumpf, MA MSc berichtet, dass bereits wie im Top 7 „Mobilitätsinitiative für Pinkafelds Jugend“ erörtert, diskutiert und beschlossen, die Sicherstellung einer Grundmobilität für notwendige Erledigungen und Besorgungen ein Bereich ist, der auch in unserer Gemeinde immer wichtiger wird. Wurde für die Jugendlichen mit dem Umstieg auf das Jugendtaxi bereits ein richtiges Signal gesetzt, muss auch das bestehende Angebot des Citytaxis (jährliche Kosten zwischen 30.000,00 und 40.000,00 €) evaluiert und optimiert werden. Bereits in mehreren GR Sitzungen wurde eine Überarbeitung der Regelungen und Richtlinien diskutiert, um missbräuchliche Verwendungen zu verhindern. Lassen wir nun den Worten Taten folgen.

Der Anteil der älteren Bevölkerung wird auch in Pinkafeld immer größer, unsere Pflege- bzw. Altenheime oder „Betreutes Wohnen“ sind als Indizien dafür zu nennen. Der Arztbesuch oder Einkäufe sind vielfach nur schwer möglich und viele Personen haben kein eigenes Fahrzeug. Familienangehörige sind größtenteils zeitlich auch nur eingeschränkt verfügbar.

Das Projekt 60+ Taxi – mobiles Burgenland wäre eine gute Grundlage, um ein individuelles Konzept für die Bevölkerung in Pinkafeld zu entwickeln, das bestehende Angebot des Citytaxis zu optimieren.

Er stellt daher den Antrag:

Die Stadtgemeinde Pinkafeld entwickelt unter Abstützung auf die bereits bestehende Arbeitsgruppe „Mobilität“ und Bereitstellung von anonymen, ausgewerteten Daten des Citytaxis der letzte 3 Jahre bis Ende Juni 2018 ein Konzept (inkl. Richtlinien, Festlegung der Bedarfsträger nach den Faktoren Lebensalter und besondere Bedürfnisse, Vereinfachung des Erwerbs bzw. Ausgabe, Gesamtkosten) für die Optimierung der Mobilität in Pinkafeld.

Vizebürgermeister Rechberger erzählt, dass bei der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe für den Kindergarten, wo alle Fraktionen vertreten sind, auch das Thema Mobilität in Pinkafeld besprochen wurde. Sie waren sich alle einig, einen weiteren Termin für eine Arbeitsgruppe festzulegen, die sich genau mit diesem Thema auseinandersetzt. Der erste Termin für diese Gruppe wäre der 14.5.

Es verhält sich für ihn ähnlich wie beim Antrag des Tagesordnungspunktes 17, man möchte vorab Ergebnisse erzwingen, die noch nicht ausgearbeitet sind, daher kann er auch diesem Antrag nicht zustimmen.

GR Stumpf, MA MSc fügt nur an, dass genau dies auch die Ansatzpunkte der ÖVP sind, er möchte es nur ergänzen, um das Datenmaterial über die Citytaxi vorzulegen. Ausgewertet nach genau den oben erwähnten Anhaltspunkten.

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass mit den Citytaxi Gutscheinen gewisses Schindluder betrieben wurde, aufgrund dessen wurde die Arbeitsgruppe damit beauftragt, um eben diese Missstände aufzudecken und zu klären.

GR Supper kann sich leider dem Antrag nicht anschließen, da er es für sinnvoll empfindet auch in diesem Punkt auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu warten.

GR Mantsch, MSc schließt sich der Wortmeldung von GR Supper an. Wenn es eine Arbeitsgruppe gibt, muss man diese arbeiten lassen, und die Ergebnisse einfach abwarten.

StRin Mag.a Novosel schlägt vor bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 7. Juni einen Bericht über die Arbeitsgruppensitzung vom 14.5. vorzulegen und zu berichten.

Auf Antrag von GR Andreas Stumpf, MA MSc lehnt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Pinkafeld mit Stimmenmehrheit (6 Ja-Stimmen: Stumpf, De Lellis-Mejatsch, Luif, Horvatits, Hoffmann, Gottweis, 15 Nein-Stimmen, Maczek, Rechberger, Novosel, Schuh, Allerbauer, Grosinger, Kirnbauer, Kubat, Lenz, Pfeiffer, Schuh, Mantsch, Friedrich, Unger, Buchegger, 2 Enthaltungen: Hofer, Supper), gegen den Antrag ab: Die Stadtgemeinde Pinkafeld entwickelt unter Abstützung auf die bereits bestehende Arbeitsgruppe „Mobilität“ und Bereitstellung von anonymen, ausgewerteten Daten des Citytaxi der letzte 3 Jahre bis Ende Juni 2018 ein Konzept (inkl. Richtlinien, Festlegung der Bedarfsträger nach den Faktoren Lebensalter und besondere Bedürfnisse, Vereinfachung des Erwerbs bzw. Ausgabe, Gesamtkosten) für die Optimierung der Mobilität in Pinkafeld.

19. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der FPÖ gemäß § 38 Abs. 4 Bgl. Gemeindeordnung „Antrag auf verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Marktfeldstraße“

GR Supper berichtet, dass sich immer wieder Anrainer der Marktfeldstraße über die aus dem Raum Wiesfleck kommenden Pendler, die über die Marktfeldstraße die Abkürzung zum Pendlerparkplatz beim Flugplatz fahren. Aber auch viele andere Verkehrsteilnehmer benützen die Marktfeldstraße als Abkürzung wie zum Beispiel die aus dem Raum Wiesfleck kommenden Kunden der ■■■■■- und ■■■■■ Filiale. Die Tendenz ist steigend, denn es sollen sich neben der ■■■■■ Filiale weitere Geschäfte ansiedeln. Außerdem sollen den Beschwerdeführern zufolge viele dieser Autofahrer deutlich zu schnell unterwegs sein. Durch verkehrsberuhigende Maßnahmen würde die Verkehrssicherheit und die Qualität des dortigen Wohnumfeldes erhöht werden.

StRin Mag.a Novosel versteht die Problematik, die Marktfeldstraße ist seit langem ein Hotspot in Pinkafeld. Man hat leider bis dato keine passende Lösung gefunden, sie bietet an, dies auf die nächste Tagesordnung des Verkehrsausschusses zu nehmen. Dieser tagt am 25. Mai um 15 Uhr.

Auf Antrag von GR Thomas Supper beschließt der Gemeinderat einstimmig (22 Ja-Stimmen, GRin Hoffmann war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal) zur Verkehrsberuhigung in der Marktfeldstraße sollen baldmöglichst Maßnahmen angedacht, rechtlich geprüft und zeitnah Vorschläge dem Gemeinderat vorgelegt werden. Ziel soll eine Verkehrsentslastung und eine Verlangsamung des verbleibenden Verkehrs sein, insbesondere soll der ortsfremde Verkehr auf die Wiener Straße verdrängt oder auch umgeleitet werden.

20. ■■■■■, Ausbau Internet Wirtschaftspark West, Vereinbarung über Kostenbeteiligung

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass die Fa. ■■■■■ bei einer Betriebsansiedlung auch eine dementsprechende TK-Glasfaserinfrastruktur benötigt. Diesbezüglich wurde mit der ■■■■■

■■■■ Kontakt aufgenommen. Diese wird die erforderliche Infrastruktur errichten, wenn sich die Stadtgemeinde Pinkafeld bei den Investitionskosten von € 14.000,— netto beteiligt.

Auf Antrag von Bgm. Mag. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig (GRin Hofer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal), die Vereinbarung bezüglich Kostenbeteiligung an der Errichtung von TK-Glasfaserinfrastruktur im Wirtschaftspark Pinkafeld im Zuge einer neuen Betriebsansiedlung anzunehmen und zu unterfertigen, wobei diese ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist (Anlage E).

21. Allfälliges

a. Termine

nächste Gemeinderatssitzung: Donnerstag, 7. Juni 2018 um 18.30

GR Mantsch, MSc bittet die Termine der Gemeinderatssitzungen auch in der „Stadtinfo“ auf der letzten Seite bei den Terminen für die Gemeinde aufzunehmen.

b. Illegale Autorennen in Pinkafeld

GR Friedrich liest den Artikel aus der „Kronen Zeitung“ vor betreffend der illegalen Autorennen in Pinkafeld. Er weist darauf hin, dass auf der Homepage des Veranstalters bereits zwei Termine für Pinkafeld vorgemerkt sind und bittet Bgm. Maczek um Klärung.

Bgm. Mag. Maczek stellt klar, dass er es ebenfalls aus der Zeitung erfahren hat. Er erzählt, dass die ■■■■ diese Autorennen hat auf ihrem Grundstück initiiert.

Er hat einen anonymen Brief erhalten mit den Terminen. Die beiden Betreiber haben sich im Stadtamt bei ihm vorgestellt, er habe jedoch ein klärendes Gespräch abgelehnt, da er sich definitiv gegen diese Autorennen in Pinkafeld ausspricht und Gespräche im Nachhinein nicht zielführend sein können.

Er habe ebenfalls mit ■■■■, BH Oberwart, Kontakt aufgenommen und diesen um Hilfe gebeten, da es sich um Grünland handelt. ■■■■ hat zugesagt sich zu erkundigen und der Gemeinde seine Hilfestellung zugesagt.

c. Wanderwege Sinnersdorf

GR Stumpf, MA MSc berichtet, dass beim Spazierweg Richtung Sinnersdorf Äste über den Weg hängen, die Grünstücke gehören jedoch der ■■■■. Er bittet, dass man mit der ■■■■ in Kontakt tritt, damit diese aufgefordert werden kann, die Wege wieder passierbar zu machen.

Weiters merkt er an, dass ein Fahrradweg zwischen E-Werkbach und Rückhaltebecken sinnvoll wäre, diese Grundstück gehört ebenfalls der ■■■■. Er bittet auch dies zu besprechen.

Bgm. Mag. Maczek gibt zu bedenken, dass die ■■■■ sicher kein Interesse hat, die Wege zu säubern, da sobald der Weg für Passanten passierbar ist auch eine dementsprechende Haftung zu tragen kommt.

d. Stadtinfo

GR Stumpf, MA Msc kritisiert, dass er als Mitglied des Gemeinderates Informationen über

eine Betriebsansiedelung aus der „Stadtinfo“ erfahren musste. Er merkt an, dass dies schon ein Tagesordnungspunkt in einer Gemeinderatssitzung bedurfte, damit die Gemeindevertretung auf etwaige Fragen aus der Bevölkerung auch reagieren kann. Trotz der Umstände gibt er zu bedenken, dass wenn ein [REDACTED] in Pinkafeld Nord gebaut werden soll, man frühzeitig über das Verkehrskonzept sprechen und auch dementsprechend eines erstellen muss.

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass sich der [REDACTED] entschieden hat, keinen [REDACTED] zu bauen, sondern eine [REDACTED] Filiale. Es wurde ihm auch zugesagt, dass die Filialen [REDACTED] und [REDACTED] im Zentrum bleiben, lediglich die Filiale beim [REDACTED] übersiedelt. Bzgl. Verkehrskonzept ist der [REDACTED] schon dabei eines zu entwerfen.

e. Stellenausschreibung „Stadtinfo“

GR Stumpf, MA MSc ist weiters darüber irritiert, dass ebenfalls in der „Stadtinfo“ Stellenausschreibung gemacht werden, wo der Gemeinderat ebenfalls keinerlei Information vorab erhalten hat.

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass zwei Stellen ausgeschrieben wurden, ein Bauhofmitarbeiter für die Friedhofsarbeiten, und einen personellen Abgang gibt es am Bauhof.

f. Kaufkraftstudie für Pinkafeld

StRin KommRin Gottweis, MSc berichtet, dass am 24.4. eine Kaufkraftstudie für Pinkafeld durchgeführt wurde.

Bgm. Mag. Kurt Maczek sagt zu, dass [REDACTED], welcher die Kaufkraftstudie durchgeführt hat, für ein Jahr zu beauftragen, um die Kaufkraft in Pinkafeld zu stärken.

g. Kirchenmusikverein Pinkafeld

StRin KommRin Gottweis, MSc berichtet weiters, dass am 18.5. um 19:30 Uhr der Orgelbauer [REDACTED] kommt und die neue Orgel für unsere Stadtpfarrkirche präsentiert und sie würde sich sehr freuen auch einige Mitglieder des Gemeinderates zu sehen, da dies für Pinkafeld ein großes und bedeutendes Projekt ist.

h. Europatag 9.5.2018

GR Mantsch, MSc bittet, dass man am 9.5. das Rathaus beflaggt, da Europatag ist und er es sehr begrüßen würde, wenn sich die Stadtgemeinde daran beteiligen würde.

i. Parksituation Antonifeldstraße 4-6

GR Supper berichtet, dass die Anrainer der Antonifeldstraße 4-6 an ihn herangetreten sind, um das vorhandene Parkplatzproblem wieder aufzugreifen. Die Schüler der HTBL und der Berufsschule verparken die gesamte Straße. Es ist ihnen nicht möglich in umliegender Nähe vom Eingang zu parken.

StRin Mag.a Novosel dankt ihm für die Anregung und sagt zu, es im Verkehrsausschuss zu besprechen.

j. Pinkabrücke Elerhäuser

GR Supper fragt nach, inwieweit es eine Lösung für die Brücke bei den Elerhäusern gibt.

Bgm. Mag. Maczek berichtet, dass die Brücke im Zuge der Linearmaßnahmen geplant und neu errichtet wird, um für Fußgänger wieder passierbar zu sein.

k. [REDACTED]

Vizebürgermeister Rechberger berichtet, dass die Stadtgemeinde eine Ladung bzgl. [REDACTED] erhalten hat. Unser Rechtsbeistand [REDACTED] sieht keine Notwendigkeit, dass ein Vertreter der Stadtgemeinde bei der Verhandlung anwesend sein muss.

Da keine weiteren Beratungspunkte vorhanden waren, wurde die Sitzung um 20:30 Uhr geschlossen.

v.g.g.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

OAF Christiane Kovacs

Mag. Kurt Maczek

StRin KommRin Andrea Gottweis, MSc

GR Michael Lenz